



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit,
Integration, Kinder und Familie -

Tagesordnung I Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 24. Februar 2021

Vorlagen-Nr. 21-F-33-0001

Kinderschutz in Coronazeiten - Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 17.02.2021 -

Der langanhaltende Lockdown im Zuge der Coronaschutzmaßnahmen und die damit einhergehende Einschränkung der sozialen Kontakte belasten uns alle. Besonders für Kinder sind diese ungewöhnlichen Umstände bedrückend. Ihnen fehlt die tägliche Förderung vonseiten ihrer Lehrer*innen, Erzieher*innen oder Sporttrainer*innen und vor allem der Kontakt zu Gleichaltrigen. Besonders hart treffen diese Entbehrungen Kinder, welche sowieso schon durch ein problembehaftetes soziales Umfeld belastet sind. Die sozialen Ungleichheiten verschärfen sich und Kinder, welche schon vor der Pandemie psychische Auffälligkeiten oder Entwicklungsstörungen hatten drohen nun in ihrer Entwicklung weiter zurückzufallen. Dies geschieht oftmals unbemerkt, denn die soziale Kontrolle vonseiten der Schulen und Kitas ebenso wie von Vereinen oder Freizeiteinrichtungen fehlt.

Kinderärzt*innen schlagen Alarm, denn sie sehen bereits erste Anzeichen, dass die Gefährdung der Kinder deutlich zugenommen hat. Es gibt eine deutliche Zunahme psychischer Probleme wie Depressionen oder Angststörungen, welche vonseiten der Eltern nicht unbedingt direkt erkannt werden. Laut einer Studie des Universitätsklinikums Hamburg Eppendorf (COPSY-Studie) hat sich die psychische Gesundheit seit der letzten Befragung im Sommer 2020 nochmals verschlechtert, besonders betroffen sind hier Kinder ohne stabiles familiäres Umfeld. Ein personell gut ausgestatteter Sozialdienst ist deshalb wichtiger denn je. Er hält Kontakt zu den Familien, hilft gefährdeten Kindern und bewahrt durch seine Unterstützungsleistungen - angefangen von Willkommensbesuchen über die KiEZe bis hin zu den regelmäßigen Begleitungen durch die Bezirkssozialarbeit - Eltern vor Überforderung.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie sich die Gefährdungsmeldungen an das Jugendamt im vergangenen Jahr, insbesondere in Konsequenz der beiden Shutdowns entwickelt haben.
2. Welche Erkenntnisse er dazu aus dem Netzwerk der in Wiesbaden breit aufgestellten Kinder- und Jugendhilfestrukturen (z.B. Frühe Hilfen, Elternbildung, Schulsozialarbeit, offene Kinder- und Jugendarbeit) hat.

Beschluss Nr. 0010

Der Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 17.02.2021 wird angenommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2021

Rutten
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .03.2021

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2021

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Mende
Oberbürgermeister